

13. Boiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 16. Jänner 1951.

200/J

Anfrage

der Abg. Ernst Fischer und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend seine unverantwortlichen, den Frieden gefährdenden Erklärungen
in der amerikanischen Presse.

-.-.-.-

Die "New York Herald Tribune" (European Edition) vom 10. Jänner 1951 veröffentlichte auf der dritten Seite ein Interview des Herrn Bundeskanzlers mit dem Korrespondenten des Blattes Gaston Coblenz, in dem es wörtlich heißt:

"Der 48jährige Kanzler wies darauf hin, dass seine antikommunistische österreichische Koalition der Mitte in dieser von Russen eingekreisten Hauptstadt eines der am schwersten erschütterten Regimes wäre, wenn die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen in Übersee aufgeben würden.

Mr. Figl, der von westlichen Beobachtern hier wegen seines beharrlichen Widerstandes gegen die Verluste des Hauptquartiers der Sowjetbesatzung in Wien, seine Regierung zu unterwöhlen, geschätzt ist, sagte, dass er gegen eine Befriedungspolitik in der gegenwärtigen internationalen Krise sei. 'Si vis pacem, para bellum' (Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg) war eine der Phrasen, die er wählte, um auszudrücken, dass der Westen ein anderes München abschwören solle."

An einer anderen Stelle seines Interviews erklärte der Herr Bundeskanzler, dass das Land unbewaffnet sei, mit Ausnahme der im Besitz der Gendarmerie der Westzonen befindlichen Waffen.

Die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers sind am 10. Jänner in Paris gedruckt und bis zum 13. Jänner nicht dementiert worden, offenbar in der Hoffnung, dass sie der österreichischen Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gelangen werden.

In einer so angespannten politischen Lage wie der gegenwärtigen ist es für den Chef einer Regierung, der zudem noch - wenn auch provisorisch - das Staatsoberhaupt ist, nicht nur verantwortungslos, sondern direkter Verrat an den Interessen des Volkes und unseres Landes, dessen Schicksal von der Erhaltung des Friedens abhängt, eine solche Stellung gegen eine Politik der Befriedung, für die Vorbereitung eines Krieges zu beziehen und zur Eingliederung Österreichs in die Kriegsrüstungen aufzurufen.

14. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 16. Jänner 1951.

Die unterzeichneten Abgeordneten sehen in dem Interview des Herrn Bundeskanzlers eine schwere Verletzung seiner Amtspflichten und richten an den Herrn Bundeskanzler folgende

Anfragen:

- 1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, öffentlich und eindeutig von den Äusserungen abzurücken, die er zur Unterstützung der amerikanischen Regierungspolitik gemacht hat?
- 2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, Massnahmen zu treffen, damit in Zukunft weder er noch die Regierungsmitglieder durch solche verantwortungslose, der Kriegsvorbereitung dienende Erklärungen das Landes Österreichs und seine Interessen in Gefahr bringen?

-.-.-.-